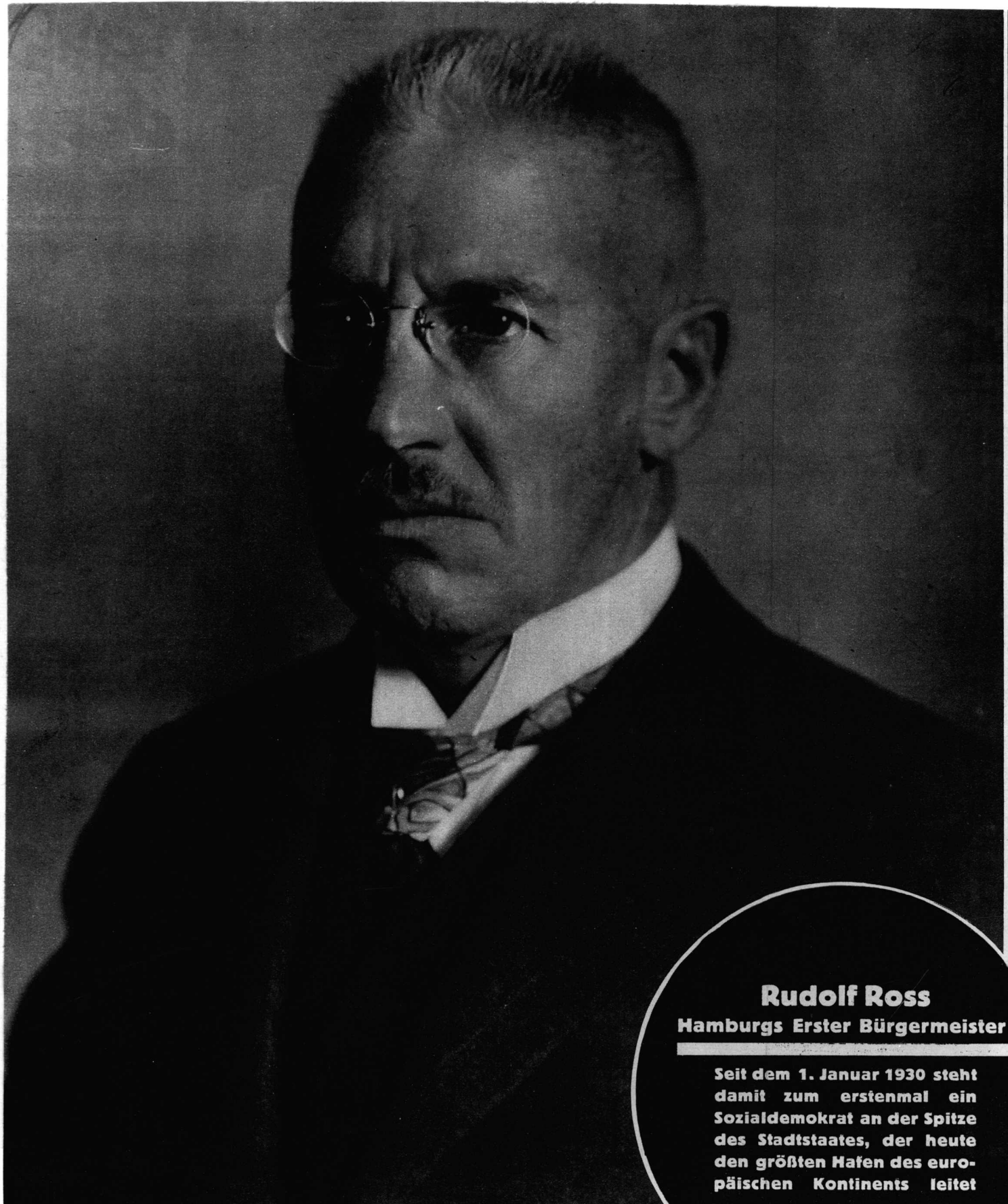


Ross, Rudolf

1. 1930 192

Volk und Zeit
Beilage des Hamburger Echo

Nr. 1



Rudolf Ross

Hamburgs Erster Bürgermeister!

Seit dem 1. Januar 1930 steht
damit zum erstenmal ein
Sozialdemokrat an der Spitze
des Stadtstaates, der heute
den größten Hafen des euro-
päischen Kontinents leitet

779

o/r 14 104 I

Now, Bürgermeister

Signatur

Datum 24. Feb. 1930₉

Hamburgischer Correspondent

Nr. 92.

Geburtstagsfeier beim Reichsbanner

Eine politische Rede von Bürgermeister Roß

Durch eine Feierstunde im großen Saal des Gewerkschaftshauses beging gestern das Hamburger Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold den Tag der Bundesgründung. Bis auf den letzten Platz war der Raum gefüllt. Mit Bürgermeister Roß waren die sozialdemokratischen Senatoren Stubbe, Schönfelder, Neumann, Eisenbarth und Berner erschienen, man sah ferner neben Präsident Leuteritz verschiedene Mitglieder der demokratischen und sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion. Auch die früheren Hamburger Reichsbannerführer Biedermann und Dr. Haubach waren zu der Feier gekommen, die mit der Egmont-Ouvertüre eingeleitet wurde. Vor den im Rund auf der Bühne aufgetauten Fahnenabordnungen hielt dann nach einer von Georg Clasen gesprochenen Hymne Bürgermeister Rudolf Roß die Festrede.

Die Feierstunde sollte dazu dienen, so betonte der Redner einleitend, ein Bekenntnis abzulegen zur Verfassung und ihren Symbolen und ein Gelübde, sie zu schirmen gegen jeden Feind. Durch die bloße Tatsache seiner Existenz habe das Reichsbanner der Republik Achtung zu erringen vermocht. Große Aufgaben aber seien noch zu erfüllen. Gewiß sei die Wirtschaftslage gegenwärtig schwierig, aber man müsse sich wenden gegen einen Zwed-Pessimismus, der z. T. absichtlich aus innenpolitischen Gründen ins Volk getragen werde und der uns auch außenpolitisch nur schade. Verwahren müsse man sich dagegen, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der inneren deutschen Politik sei. Wie in anderen Ländern sei auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit aus der bestehenden Wirtschaftsverfassung erwachsen. Und da sei es eigenartig, wenn die Wirtschaft, die sonst vom Staat nicht viel wissen wolle, von eben diesem Staat fordere, daß er das Arbeitslosigkeit-Problem meistere, dessen die Wirtschaft nicht Herr werden könne. Der Redner kam dann auf das Haager Abkommen und den Young-Plan zu sprechen: „Gegenüber einer falschen, demagogischen Beweisführung wollen wir immer wieder betonen, daß auch wir den Youngplan nicht gewünscht haben; wir nehmen ihn nur an, weil wir ihn für das kleinere Übel halten und der andere Weg zum Chaos und zur Katastrophe geführt hätte. Diesem wollten wir das deutsche Volk nicht aussetzen.“ Außerdem, so fuhr der Redner fort, sei der Youngplan kein Dokument für die Ewigkeit. Es

komme darauf an, daß eine politische Atmosphäre unter den Völkern geschaffen werde, die eine vernünftige Besprechung über eine Revisionsmöglichkeit zulasse. Der Youngplan und die ganze Politik, die zu ihm geführt habe, bedeute eine wesentliche Stärkung Deutschlands in seinen außenpolitischen Beziehungen.

Daß man heute wieder im Rat der Völker sitze und das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederhergestellt sei, das verdanke man der verständigen und auf Verständigung gerichteten Politik der republikanischen Parteien. Ebenso sei die Befreiung der Rheinlande ein Erfolg der republikanischen Politik.

Nach einigen Seitenhieben gegen Eugen Berg wandte sich der Redner dem Problem des Radikalismus zu. Gegen die Abwanderung zu den extremen Parteien sei das beste Mittel, stets das zu sagen, was ist, denn der Deutsche sei heute politisch so reif, daß man ihm ein eigenes Urteil überlassen könne. So brauche man, wenn man die Augen offen halte, in der Politik von rechts und von links keine Gefahr zu sehen, aber notwendig sei der Kampf gegen einen Terror des Ungeistes in jeder Gestalt, sei es ob er mit Schlagringen oder mit Verleumdung und Lüge arbeite.

Der Ruf nach dem starken Mann, eigentlich nur ein Schrei ängstlicher Gemüter, die selbst für den Staat nichts tun wollen, sei heute abgelöst von dem ebenso falschen Schlagwort, die Republikaner hätten keine Ideen mehr. Aber z. B. die Idee des berufsständischen Staates bringe nichts weiter als eine verhüllte Anarchie, führe zu einer Diktatur, die sich das deutsche Volk nicht gefallen lassen würde. Nicht Rechtsstaat oder Diktatur müsse die Frage lauten, sondern Besitzbürgerstaat oder soziale Republik. Und da gäbe es für den Republikaner keine Alternative mehr. Der Staat habe, ohne damit ein Recht auf ein Gerede von Fürsorgestaat und Rentnerstaat zu geben, die Pflicht, sich für die Armen und Elenden einzusetzen, um die sich das heutige Wirtschaftssystem nicht kümmern würde. So könnten alle republikanischen Parteien sich nur für den sozialen Staat entscheiden.

Mit einem Hoch auf die deutsche Republik schloß der Redner und stehend sang die Versammlung das Deutschlandlied.

Bürgermeister Roß zur Ermordung Hennings

Schwere Schlägerei vor dem Beginn der Sitzung.

Nach einem wilden Aufstand mit tödlichem Angriff der Kommunisten gegen die Nationalsozialisten tötete Bürgermeister Roß die gestrigen Hamburger Haushaltsverhandlungen mit eindrucksvollen Erklärungen zu den nationalsozialistischen Attentaten der letzten Tage ein. Darauf erläuterte und begründete Finanzsenator Matthaei in langer Rede den Haushaltsplan 1931. Die folgende Aussprache der Parteien zum Etat verlief ruhig und sachlich. Der Haushaltsplan ging an den Haushalts-Ausschuß. Die vorgesehene Verdoppelung der Biersteuer zum 1. April wurde aber bereits endgültig in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Kommunisten haben gestern in der Bürgerschaft das selbstverständliche Bedürfnis des Präsidenten Leuterich und des Bürgermeisters Roß, die fürchterliche Bluttat, der das Bürgerchaftsmitglied Henning zum Opfer gefallen ist, ohne Ansehen der Partei zu kennzeichnen, durch beispiellose Szenen und Gewalttaten sich nicht auswirken lassen. Auf allen Seiten des Hauses bestand die Absicht, dem ermordeten Henning Ehre zu erweisen. Die Kommunisten aber zogen es vor, durch rohe Mißhandlung der Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei den tragischen Fall zum Anlaß von Gewalttaten zu nehmen, die nicht einmal auf der Straße erträglich wären. Die Empörung, die über die Mordtat herrschte, haben sie dadurch umgewandelt in Empörung über Roheiten, die in der Geschichte aller Parlamente ihresgleichen suchen.

Dabei war gestern ein auf allen Tribünen fast überfülltes und im Saal selbst stark besetztes Haus Zeuge dieser unerhörten Vorgänge, mit denen die Kommunisten das Andenken ihres Genossen Henning, auf dessen Platz sie einen Riesenlorbeertranz mit roten Tulpen und einer roten breiten Seidenschleife niedergelegt hatten, keineswegs geehrt haben.

Raum hatte das Präsidium seine Plätze eingenommen, und kaum betraten als Nachzügler die drei nationalsozialistischen Bürgerchaftsmitglieder Hellmuth Reinde, Edgar Brinkmann, Harry Henningsen den Bürgerchaftssaal, als Rufe von der kommunistischen Seite her kamen: „Raus, raus!“

Und schon stürzten eine Anzahl Kommunisten von links nach der rechten Seite des Hauses und fielen vor allem über Hellmuth Reinde und Harry Henningsen her.

hieben mit Fäusten auf ihre Köpfe los, versetzten ihnen Rinnhaken und suchten sie zu Boden zu bringen. Sofort warfen sich andere Abgeordnete zwischen die Kämpfenden, aber die Kommunisten ließen von ihren Opfern nicht los und schlugen wie wütend darauf los. Bald blutete Hellmuth Reinde. War da ein Schlagring verwendet worden? Harry Henningsen lag auf dem Boden, wurde durch die Tür in den Korridor hinausgedrückt und bekam zuletzt noch einen Tritt. Abg. Dr. Lührs (Sp.), der die Wütenden auch abzuwehren suchte, bezog selbst von den Kommunisten einige unbeabsichtigte Hiebe. Abg. Furtig (Wirtsch.-P.) bekam nicht minder kräftige Schläge, die ihm den Kniefer zertrümmerten, so daß er von Glück sagen kann, wenn seine Augen unversehrt blieben. Das Präsidium konnte nicht gleich eingreifen. Es schien die elektrische Klingel zu versagen. Erst als die drei Nationalsozialisten fast erledigt waren, und nachdem der vierschrötige Westphal (Komm.) auf die inzwischen wieder zurückgekehrten Nationalsozialisten abermals unter den Rufen „Raus!“ nach rechts eilte und sich ihm sofort wieder andere Abgeordnete entgegenstellten, wurde

die Polizei gerufen.

Westphal war inzwischen selbst hinausbugsiert worden. Fünf Uniformierte und einige Kriminalpolizisten erschienen. Die Ruhe war wiederhergestellt, und der Präsident verkündete den

Ausschluß von 10 kommunistischen Abgeordneten aus der Bürgerschaft.

André, Westphal, Presche, Lur, die beiden Walthers, Otto Hoffmann und Redlich wurden auf einen Monat ausgeschlossen, Dettmann und von der Rheydt, da sie sich nicht gleich fügten, auf drei Monate.

Wie elektrifiziert hatte das Haus, hatten die Abgeordneten im Saal, die zahlreichen Presseleute und die übrigen Besucher der Tribünen die wilden Szenen verfolgt, die mit einem kommunistischen Protest gegen die Ausschließungen wieder abklangen.

Beinahe unheimliche Stille lehrte ins Haus zurück, als Präsident Leuterich sich erhob, um dem ermordeten Parlamentskollegen

Hennings einen Nachruf

zu widmen, währenddessen das ganze Haus sich erhob. Wir sahen eben, führte der Präsident aus, die Folgen einer Tat, die uns alle tief erschüttert hat. Die Auftritte waren unwürdig. Wir alle verurteilen, was am Sonnabend geschehen ist. (Rufe von den Kommunisten: „Schmeißt sie raus!“) Wir bedauern, daß durch einen Gewaltakt ein Mitglied unseres Hauses von uns gerissen wurde.

Wenden

Herr Henning ist auf der Heimfahrt im Autobus erschossen worden, nach einer Versammlung, in der kein Gegner gewesen war und in der es keinen Streit gegeben hatte. Nichts ließ eine Gewalttat erwarten. Die Tat im Auto ist erfolgt, wie immer klar wird, mit Vorfaß und auf Verabredung.

Henning stand mit 38 Jahren im besten Alter. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Ich habe der von dem großen Unglück betroffenen Familie im Namen der Bürgerschaft unser aller Teilnahme ausgedrückt. Wir sind es dieser unglücklichen Familie, unserem Staate, auf dessen Boden die Tat geschah, und unserem Parlament schuldig, zu bekunden, daß wir die Gewalttat an politischen Gegnern verdammen und ächten und alle Kräfte aufwenden, ähnliche Taten in Zukunft zu verhindern...

Gundelach bringt auf Henning ein dreifaches „Not Front“ aus, in das die übrigen Kommunisten einstimmen.

Nach Erledigung einiger Anfragen an den Senat und einiger anderer Tagesordnungspunkte begann die erste Lesung des Etats, eingeleitet mit einer politischen Rede von

Bürgermeister Röß:

„Die zwei politischen Blutaten, die Hamburg in den letzten Tagen erlebt hat und die jeden, der sich ein gesundes sittliches Empfinden bewahrt hat, mit Grauen und Empörung erfüllen müssen, beweisen, welcher Grad der Verheerung durch die zügellosen Kampfmethoden erreicht worden ist, die von den Feinden des Staates nun seit Jahren angewandt werden (Zwischenrufe der Kommunisten: Die Sie gezüchtet haben!).

Wenn auch für die beiden Fälle, unter deren furchtbarem Eindruck wir jetzt stehen, allein die nationalsozialistische Partei die moralische Verantwortung trägt — eine Verantwortung, die ihr durch keinerlei taktische Manöver ihrer Führer abgenommen werden kann — (Sehr richtig! — Beifall.) so ist doch für die ganze politische Atmosphäre, die solche Taten ermöglicht, selbstverständlich, die Maßlosigkeit der kommunistischen Demagogie mit verantwortlich. Daß die kommunistische Partei, die ihre politischen Direktiven von Moskau bezieht, keine Rücksicht darauf nimmt, ob ihre Handlungen das deutsche Ansehen schädigen und das deutsche Volk noch tiefer in die Not hineintreiben, unter der es jetzt leidet, ist nicht verwunderlich. Daß aber eine Partei, die so viel von Vaterlandsliebe und nationaler Würde spricht, wie die nationalsozialistische, Seite an Seite mit den Kommunisten um die Zerkürümmerung der Autorität unseres Staates kämpft (ärmende Zwischenrufe der Kommunisten), das bleibt nur dem begreiflich, der in diesem Kampf nichts anderes sieht als den brutalen Willen zur Macht —

nicht durch einen geistigen Kampf für klare Ziele (ärmende Zwischenrufe, Präsident Leuterich ruft die Kommunisten öfter und Gundelach zur Ordnung), sondern durch die Ausnutzung von auf Gefühlen und Anschauungen gegensätzlicher Art beruhenden Volksstimmungen, die niemals das Fundament einer Nation zu bilden vermögen werden.

Ich will, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Zweifel über meine Ueberzeugung lassen, daß die deutsche Republik zu fest gegründet ist, um durch diese Bewegungen gefährdet zu werden. (Ein Kommunist erhält einen Ordnungsruf und wird, da er diesen mit „danke“ quittiert, zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.)

Sollten gewalttätige Versuche zur Erringung der politischen Macht von irgendeiner Seite unternommen werden, so werden sie im Keime erstickt.

Täusche sich niemand darüber: Der Staat von Weimar ist nicht in der Gefahr, kampflos preisgegeben zu werden! Die Republik ist weder wehrlos, noch ist sie schwach; nur allzu langmütig war sie bislang. (Sehr richtig.)

Es ist nicht die Sorge vor solchen Entwicklungen, die den Senat zu seiner Verordnung vom 16. März veranlaßt hat. Er handelte lediglich aus der Pflicht, alles zu tun, was er zu tun in der Lage ist, um zu verhindern, daß dem ersten des politischen Terrors der staatsfeindlichen Parteien noch weitere Menschenleben zum Opfer fallen.

Man braucht nur die Kommentare der nationalsozialistischen Presse und ihrer Mitläufer zu den politischen Attentaten der letzten Woche zu lesen, um zu erkennen, daß entschlossene Zugreifen am Platze war. Dabei hat es für jeden, der sein Deutschtum als Quell sittlicher Kräfte empfindet, etwas Beschämendes, die Versuche zu sehen, die Verantwortung zu verlagern.

Verantwortlich für diese Blutaten sind einzig und allein diejenigen, die nicht durch ehrliche Mitarbeit bemüht sind, die Not der Gegenwart zu überwinden, sondern durch die Schwächung der Volkskraft in zerfetzenden Kämpfen und Terrorakten die aufbauenden Kräfte der Nation zu hindern versuchen. Das, meine Damen und Herren, nenne ich weder deutsch noch national noch sozialistisch handeln.

Verantwortlich sind auch die, die systematisch auf eine Verwilderung der Sitten hinarbeiten, indem sie auf der einen Seite den politischen Gegner struppellos verächtlich zu machen und auf der andern Seite die Gloriole eines herostratischen Ruhmes um die schuldbeladenen Häupter feiger Mordgesellen zu weben versuchen.

Diesen zerstörenden Kräften gegenüber stellen wir die Staatsgesinnung. Wir werden es nicht zugeben, daß diejenigen, die zwar die Rechte der Demokratie für sich beanspruchen, die aber nicht die Pflichten und die Verantwortungen auf sich nehmen wollen, die sie fordert, den durch das Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit geschwächten deutschen Volkskörper weiter krankmachen. Wir werden, wenn es notwendig wird, auch diejenigen zu erfassen wissen, die als Mitläufer und offene oder geheime Nutznießer dieser von uns bekämpften Bewegungen die Geschäfte der Staatsfeinde besorgen.

In den Zeiten, wie den jetzigen, heißt es:

Wer nicht für den Staat ist, der ist wider ihn!
Und wer wider den Staat ist, gegen den ist auch der Staat!

Unser Ruf, dem deutschen Volk und seinem Staat die Treue zu bewahren, geht an alle Kreise der Bevölkerung, die nicht wollen, daß unser Hamburg dem In- und Auslande als eine Stadt erscheint, in der nicht der feste Wille und die Kraft besteht, Ruhe und Sicherheit aufrechtzuerhalten, eine Stadt, die nicht bereit ist, das Vertrauen zu rechtfertigen, das ihr heute im deutschen Vaterland und in der ganzen Welt entgegengebracht wird. Wir werden fertig mit dem kommunistischen und dem nationalsozialistischen Terror!

Dem organisierten Terror werden wir die organisierte Macht des Staates rücksichtslos entgegensetzen.

Im Zusammenwirken zwischen den weiten Kreisen unserer Bürgerschaft, denen die Liebe zu Hamburg und der Wille, zu erhalten, was uns die Vorfahren an Ansehen der Vaterstadt vererbt haben, Sache des Herzens und des Verstandes ist, und mit einer staats- und pflichttreuen Beamtenschaft, die sich freihält von jeder staatsfeindlichen Bewegung und auch deren Mitläufer von sich abschüttelt, wird der Senat weiter bemüht sein, seine Pflicht gegen Hamburg und gegen unser deutsches Vaterland zu tun.

Die Ausführungen von Bürgermeister Röß, mit tiefstem Ernst und großem Nachdruck vorgetragen, machten auf das Haus sichtbar starken Eindruck. Wiederholt wurde aus den Reihen der Abgeordneten zu besonders hervorgehobenen Punkten, und dann auch am Schluß Zustimmung laut, der gegenüber kommunistischer Widerspruch kaum zur Geltung kam.

Hamburger Echo

Nr. 78

Hamburg Rudolf Roß 60 Jahre



Rudolf Roß wird morgen, am 22. März, 60 Jahre alt. An diesem Tage darf er das ehrende und gewiß auch verpflichtende Bewußtsein haben: Wer immer auch seine Glückwünsche darbringt, im Geiste fühlen sich ihm zunächst verbunden die 55 000 Hamburger Sozialdemokraten, für die er nicht nur der Ihre, für die er der Führer ist. Wir — die wir im Namen der vieltausenden Gesinnungsfreunde sprechen — sehen in Rudolf Roß im besten Sinne erfüllt, was einmal der kluge politische Theoretiker Max Weber als die drei Qualitäten bezeichnete, die vornehmlich entscheidend seien für den Politiker: Leidenschaft — Verantwortungsgefühl — Augenmaß.

Wie wäre es sonst möglich, daß wir ihn immer am rechten Plaze fühlten und fühlen. Ob als Lehrer, der er von 1892 bis 1921 war, ob als Direktor der Volkshochschule von 1921 bis 1928, ob als Präsident der Bürgerschaft oder ob als Bürgermeister unseres Stadtstaates.

Immer waren es Aufgaben eigener Art, die Rudolf Roß sich selbst stellte, und in denen er als Berufener stand. Mehr als drei Jahrzehnte seines Lebens sehen ihn in kulturpolitischer Arbeit, die ihm kein enger Bezirk geistigen Wirkens, die ihm im wahrsten Sinne des Wortes umfassende politische Arbeit war. Rudolf Roß gehörte als Lehrer zu der kleinen und aktiven Gruppe, die sich um die fortschrittlichen Ideen eines Heinrich Wollgaß und eines Scheel scharte. Das war der geistige Vortrupp der Hamburger Lehrerschaft, die den Boden bereitete, auf dem die staatliche Schulpolitik des neuen Hamburg den zielklaren Weg einer vorwärtsweisenden Schulpolitik beschreiten konnte. Rudolf Roß stritt für die moderne Schule des Volkes als Schriftleiter der „Pädagogischen Reform“ und als Mitarbeiter der „dritten Hamburger Lehrerzeitung“, wie das Hamburger Echo in jenen Jahren des geistigen und politischen Aufbruchs der Lehrerschaft genannt wurde.

Diese Arbeit war darum so von vornherein auf den ganzen Menschen und seine ganze Umwelt gerichtet, weil die Weltanschauung des Sozialismus ihr Ausgangspunkt war. Sozialismus, als Weltbild der Zukunft, war in seiner ganzen umfassenden Bedeutung die tragende Idee. In diesem Sinne ist Rudolf Roß von jener heiligen Leidenschaft erfüllt, die nur erwachsen kann, wo es um das ganze Leben und die ganze Welt geht. Leidenschaft, nicht jene Aufgeregtheit, die in der Gegenwart so oft als der Inbegriff politischer Arbeit gewertet wird.

Da ist es nicht verwunderlich, daß Rudolf Roß auch die ganz andern Aufgaben meisterte, vor die ihn nach der Umwälzung des November 1918 seine Partei stellte. Die bürger-schaftliche Arbeit, die für ihn 1919 mit dem Zusammentritt der verfassungsgebenden Bürgerschaft einsetzte, ermöglichte ihm gewiß zunächst eine gerade Fortführung seiner kulturpolitischen Vorarbeit. Da konnte Rudolf Roß endlich gestaltenden Anteil an dem Neubau der Schule nehmen. Da konnte er mithelfen, daß die Universität, zu deren Vorkämpfern er gehört, geschaffen wurde. Da konnte er, zum Leiter des Volkshochschulwesens berufen, auch die Grundlagen für eine Erwachsenenbildung schaffen, die ihm schon vor dem Kriege als Mitarbeiter im Arbeiterbildungs-wesen am Herzen lag.

Dann aber wurde Rudolf Roß Präsident der Bürgerschaft. Und er war wohl der beste Präsident des hamburgischen Landesparlamentes. Nicht nur, daß er die formalen Vorbedingungen erfüllte. Vor allem, weil er mit Ueberlegenheit und Humor seines Amtes waltete, und so nicht nur Respekt, sondern auch Achtung gewann.

Im Jahre 1928 entsandte die Partei Rudolf Roß, den damals 56jährigen, in den Senat. Das war wieder ein grundlegend anderer Wirkungskreis. Zweiter Bürgermeister einer Welt- und Hafenstadt, von 1930 ab für zunächst zwei Jahre Präsident des Senats: die Differenz in dem Aufgabenkreis erscheint gewaltig. Sie ist es dann nicht, wenn eine Persönlichkeit in den neuen Bereich eintritt, die auch Spezialaufgaben im Zusammenhang allen Geschehens sieht und löst. Der Kulturpolitiker Rudolf Roß steht auch an der Spitze eines wichtigen Staatswesens, steht in der Finanz- und Wirtschaftspolitik am rechten Plaz.

Der ewige Kraftquell politischer Leistung aber ist die leben-

dige Verbundenheit mit der „Sache“, der wir Sozialisten dienen, und ihren Trägern, den Massen des Volkes. Daß diese Verbundenheit besteht, wird immer wieder sichtbar, wenn Rudolf Roß mitmarschiert, wenn Hamburgs sozialdemokratische Arbeiterschaft marschiert; wenn er dabei ist, wenn die Partei und, in diesen gespannten Zeitläuften, die Eiserne Front ruft. Hamburgs Arbeiterschaft will Rudolf Roß noch lange in der aktiven Politik mit aktivem Willen wirken sehen.

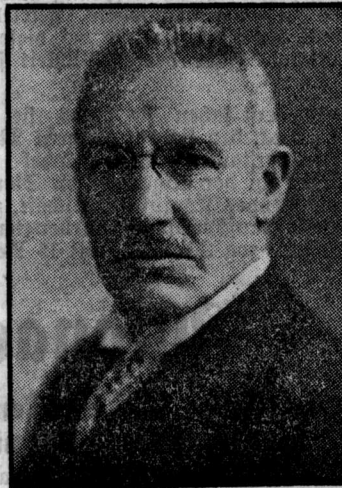
Vertrauen! Das ist unser Geschenk.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 81

Bürgermeister Roß 60jährig.

Hamburgs derzeitiger Zweiter Bürgermeister Rudolf Roß wird am Dienstag, 22. März, 60 Jahre alt. Seit 1919 steht er in der vordersten Front der hamburgischen Politik, nachdem er sich bereits in den vorangegangenen Jahren auf dem Gebiete der Schulpolitik betätigt hatte. Geborener Hamburger, trat er 1892 als Lehrer in den hamburgischen Volksschuldienst ein. Früh und eifrig betätigte er sich in der Lehrerbewegung, trat literarisch hervor u. a. mit Veröffentlichungen zur Frage der Bücher- und Leseschulen, zur Reform der Lehrerbildung in Hamburg, gleichzeitig als Beitrag zur Universitätsfrage. Gewissermaßen eine Anerkennung seiner pädagogischen



und berufspolitischen Arbeit war 1921 seine Berufung zum Direktor der Hamburger Volkshochschule, die unter seiner Führung einen großen Aufschwung nahm und sich im öffentlichen Volks-Bildungsweesen Hamburgs einen festen Platz und eine in jeder Beziehung breite Basis geschaffen hat. Bereits 1919 wurde Roß in die Bürgerschaft gewählt, wo er sich der Sozialdemokratischen Fraktion anschloß. Hier wählte man ihn auch alsbald als Schriftführer in den Vorstand, und mit Beginn des neuen Geschäftsjahres 1920 wurde er an Stelle Großes zum Präsidenten der Bürgerschaft gewählt. Dieses Amt hat er in allgemein anerkannter, umsichtiger, objektiver und geschickter Weise jahrelang geführt, bis er im Frühjahr 1928 in den Senat gewählt wurde. Der Senat wählte Roß unmittelbar darauf zum zweiten Bürgermeister. Als Leiter der Volkshochschule war er mit seinem Eintritt in den Senat zurückgetreten. In das neue Amt und in den neuen Aufgabekreis, den es unter etwas anderen Gesichtspunkten zu verwalten galt, hat er sich schnell eingearbeitet. In den Jahren 1930 und 1931 hatte er das Präsidium des Senats, das er mit Beginn des neuen Jahres 1932 entsprechend den Koalitionsabmachungen, an Bürgermeister Dr. Petersen abgab. Bürgermeister Roß hat als Präsident des Senats es verstanden, Hamburg in gewohnter Weise würdig zu repräsentieren.

Rudolf Roß — Bildnis eines Politikers

Rudolf Roß: die Zeit ist noch gar nicht so lange her, da war dieser Name ein Programm. Das Programm der Hamburger Sozialdemokraten, deren Forderungen er als Spitzenkandidat im Wahlkampf trug. Als M. d. B. und Präsident dieser Körperschaft verfocht er die Nützlichkeit der Partei in Hamburg. Als Kleinfürst, als Staatspolitiker, als er abwechselnd mit Curt Petersen den verantwortungsvollen Posten des ersten Bürgermeisters übernahm. Lehrer von Beruf und von Berufung, hat er auch als Politiker nie eine lebendige Verbindung zum Volk verloren. Die Hansestadt fand in ihm einen Arbeiter, der sich in ihren Jahren für Hamburgs Weiterentwicklung einsetzte, das „rote“ Hamburg aber, Hamburgs Arbeiterhauf, besaß in ihm einen getreuen Sachwalter seiner Interessen. Morgen wird Rudolf Roß fünfundsiebzig Jahre. Wir können ihm an diesem Tage keinen besseren Dank darbringen, als daß wir noch einmal auf sein reiches Lebenswerk zurückschauen, das zugleich ein Stück Geschichte der Hamburger Arbeiterschaft ist.



Die Jahrhundertwende war für die deutsche Lehrerschaft eine Zeit des Aufbruchs zu neuen Zielen. Der alten Schule wurde der Krieg erklärt und die „Reinnaissance der Pädagogik“ proklamiert. „Künstlerische Erziehung“ lautete die Parole. Der Vorort Hamburg. Auch Rudolf Roß, der als junger Mensch von 20 Jahren 1892 sein Lehramt

an der Volksschuldienst angetreten hatte, dann bis zu seiner Einberufung zum Heeres im ersten Weltkrieg auszuüben, stand bald an der Spitze dieser neuen Richtung in Reihen. Denn, bei aller Liebe zu seinem genügt ihm doch die Schulstube nicht. Sie um zu eng, und so stürzte er sich in die der Lehrervereine, wo er sich schnell seinen älteren Freunden Wolgast, von Born, Möller und Scheel, Götz, Lottig, Hellmann, Köster u. a. einen guten Namen erkämpfte.

In 1897 erging an ihn die ehrenvolle Aufforderung, in einer großen allgemeinen Lehrerversammlung die Stellungnahme und die Forderungen der Lehrerschaft zu der Frage der „öffentlichen Bücher- und Lesehallen“, die damals in Hamburg akut war, zu begründen. Er tat das in einer überzeugenden Weise, daß der Vortrag auf Hamburgs Anregung in Broschürenform gedruckt wurde. Und als im September 1901 der erste Kunsttag in Dresden stattfand, gehörte Rudolf Roß zu den Referenten. Er sprach über das Thema: „Kind und die Kunst.“ Am 1. Dezember des Jahres hielt er im Berliner Gewerkschaftshaus einen Vortrag über die Frage: „Was geben unseren Kindern zu lesen?“ In Berlin durfte er als Lehrer seinen Kollegen einen Bericht über den Arbeiterorganisationen zu bringen. Und selbst für einen Hamburger Lehrer

war es ein Wagnis, im Berliner Gewerkschaftshaus zu sprechen. Aber Rudolf Roß scheute dieses Bekanntheit nicht.

Der frische Wind, der damals, also im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, über die Saaten der Pädagogik wehte, blies dem jungen Lehrerreformer auch die Wolken fort, die manchem noch die Zusammenhänge zwischen Politik und Kultur verhüllten. So setzte er sich als Redakteur der „Pädagogischen Reform“, des rühmlich und weit über Hamburgs Mauern hinaus bekannten Kampforgans der demokratisch eingestellten hamburgischen Lehrer, offen auch für die politische Vertretung seiner Ziele ein. Von 1903 bis 1910 stand er mit diesem Blatt auf Vorposten und weckte das Gewissen der Lehrerschaft im Kampf gegen alle offenen und versteckten Feinde der Schule. 1905 entbrannte auch in Hamburg der Kampf. Der Senat legte der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vor, der eine erhebliche Verschlechterung des Wahlrechts für die breiten Massen der Arbeiter bewirken sollte. Man sprach deshalb mit Recht von einem Wahlrechtsraub. Rudolf Roß war als erster auf dem Plan. Unter der Überschrift: „Was sagen wir Volksschullehrer dazu?“ zerpfückte er die Vorlage, enthüllte ihren reaktionären Kern und schleuderte

der den Verfassern des Entwurfs leidenschaftlich sein „dreimaliges Nein!“ entgegen. Auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit kann hier nicht eingegangen werden. Der Kampf um die Vorlage führte schließlich zu einer tiefgreifenden Spaltung der Lehrerschaft, die, in sich uneinig, einen faulen Kompromißfrieden zu schließen gezwungen war. Während der ganzen Zeit zählte Rudolf Roß zu den hamburgischen Lehrern, die in engster Fühlung mit den Organisationen der Arbeiterschaft alle Kulturbestrebungen in den Dienst des werktätigen Volkes stellen wollten.

Und dann kam der Krieg. Und nach der Niederlage kamen Revolution und der Aufbau eines neuen Deutschlands. Nun ging Roß nicht wieder an seine alte Schule, sondern wurde vom Senat zum Leiter der Volkshochschule ernannt. In dieser Stellung hat er ein volles Jahrzehnt lehrend und organisierend positive Volksbildung geleistet.

Immer stärker zog es ihn jetzt in den Bann der Politik, der er schließlich seine ganze Kraft widmen mußte. 1920 — während des Kapp-Putsches — wurde er zum Präsidenten der Bürgerschaft gewählt und bekleidete dieses Amt bis 1928, wo sein Eintritt in den Senat erfolgte. Er war zunächst Zweiter Bürgermeister, dann abwechselnd mit Carl Petersen auch Erster.

Wie reich ist dieses Leben, das Roß auch nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur noch einmal wichtige Aufgaben auf dem Sektor des Volksbildungswesens zuwies. Aber wie immer es sich auch gestaltet, eins bleibt unabänderlich: das ist seine Verbundenheit mit dem Volke, dessen Sohn er ist. Möge es ihm vergönnt sein, dieses Volk noch auf dem Wege in eine bessere Zukunft zu erblicken.

Rudolf Roß — Bildnis eines Politikers

Rudolf Roß: die Zeit ist noch gar nicht so lange her, da war dieser Name ein Programm. Das Programm der Hamburger Sozialdemokraten, deren Forderungen er als Spitzenkandidat im Wahlkampf vertrat. Als M. d. B. und Präsident dieser Körperschaft verfocht er die Nachteile der Partei in Hamburgs Kleinstmünze um, als er abwechselnd mit Carl Petersen den verantwortungsvollen Posten des ersten Bürgermeisters übernahm. Lehrer von Beruf und von Berufung, hat er auch als Politiker nie die lebendige Verbindung zum Volk verloren. Die Hansestadt fand in ihm einen Arbeiter, der sich in schweren Jahren für Hamburgs Weiterentwicklung einsetzte, das „rote“ Hamburg aber, Hamburgs Arbeiterschaft, besaß in ihm einen getreuen Sachwalter seiner Interessen. Morgen wird Rudolf Roß fünfundsiebzig Jahre. Wir können ihm an diesem Tage keinen besseren Dank darbringen, als daß wir noch einmal auf sein reiches Lebenswerk zurückschauen, das zugleich ein Stück Geschichte der Hamburger Arbeiterschaft ist.



Die Jahrhundertwende war für die deutsche Lehrerschaft eine Zeit des Aufbruchs zu neuen Zielen. Der alten Schule wurde der Krieg erklärt und die „Renaissance der Pädagogik“ proklamiert. „Künstlerische Erziehung!“ lautete die Parole. Der Vorort Hamburg. Auch Rudolf Roß, der als junger Mensch von 20 Jahren 1892 sein Lehramt im Hamburger Volksschuldienst angetreten hatte, um es dann bis zu seiner Einberufung zum Heeresdienst im ersten Weltkrieg auszuüben, stand bald als einer der Wortführer dieser neuen Richtung in ihren Reihen. Denn, bei aller Liebe zu seinem Beruf genügte ihm doch die Schulstube nicht. Sie war ihm zu eng, und so stürzte er sich in die Arbeit der Lehrervereine, wo er sich schnell neben seinen älteren Freunden Wolgast, von Borstel, H. Möller und Scheel, Götze, Lottig, Hellmann sowie Köster u. a. einen guten Namen erkämpfte.

Schon 1897 erging an ihn die ehrenvolle Aufforderung, in einer großen allgemeinen Lehrerversammlung die Stellungnahme und die Forderungen der Lehrerschaft zu der Frage der „öffentlichen Bücher- und Lesehallen“, die damals in Hamburg akut war, zu begründen. Er tat das in so überzeugender Weise, daß der Vortrag auf H. Wolgasts Anregung in Broschürenform gedruckt wurde. Und als im September 1901 der erste Kunst-erziehungstag in Dresden stattfand, gehörte Rudolf Roß zu den Referenten. Er sprach über das Thema: „Das Kind und die Kunst.“ Am 1. Dezember desselben Jahres hielt er im Berliner Gewerkschaftshaus einen Vortrag über die Frage: „Was geben wir unseren Kindern zu lesen?“ In Berlin durfte es damals kein Lehrer wagen, seine engen Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen zu be- kennen. Und selbst für einen Hamburger Lehrer

derte den Verfasser des Entwurfs leidenschaftlich sein „dreimaliges Nein!“ entgegen. Auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit kann hier nicht eingegangen werden. Der Kampf um die Vorlage führte schließlich zu einer tiefgreifenden Spaltung der Lehrerschaft, die, in sich uneinig, einen faulen Kompromißfrieden zu schließen gezwungen war. Während der ganzen Zeit zählte Rudolf Roß zu den hamburgischen Lehrern, die in engster Fühlung mit den Organisationen der Arbeiterschaft alle Kulturbestrebungen in den Dienst des werktätigen Volkes stellen wollten.

Und dann kam der Krieg. Und nach der Niederlage kamen Revolution und der Aufbau eines neuen Deutschlands. Nun ging Roß nicht wieder an seine alte Schule, sondern wurde vom Senat zum Leiter der Volkshochschule ernannt. In dieser Stellung hat er ein volles Jahrzehnt lehrend und organisierend positive Volksbildung geleistet.

Immer stärker zog es ihn jetzt in den Bann der Politik, der er schließlich seine ganze Kraft widmen mußte. 1920 — während des Kapp-Putsches — wurde er zum Präsidenten der Bürgerschaft gewählt und bekleidete dieses Amt bis 1928, wo sein Eintritt in den Senat erfolgte. Er war zunächst Zweiter Bürgermeister, dann abwechselnd mit Carl Petersen auch Erster.

Wie reich ist dieses Leben, das Roß auch nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur noch einmal wichtige Aufgaben auf dem Sektor des Volksbildungswesens zuwies. Aber wie immer es sich auch gestaltet, eins bleibt unabänderlich: das ist seine Verbundenheit mit dem Volke, dessen Sohn er ist. Möge es ihm vergönnt sein, dieses Volk noch auf dem Wege in eine bessere Zukunft zu erblicken.

14998

Hamburger Freie Presse

P. Ross
Rudolf
BEC

№ 23

22. März 1947

— Bürgermeister a. D. Rudolf Ross feiert heute seinen 75. Geburtstag. Mit seinem Wirken in Hamburg ist ein fruchtbares Stück politischen Lebens vor 1933 verknüpft. 1919 wurde er Mitglied der Bürgerschaft, deren Präsidium er umsichtig und vorbildlich von 1920 bis 1927 leitete. Daneben war er zehn Jahre lang Direktor der Hamburger Volkshochschule. Am 5. 4. 1928 wurde Rudolf Ross in den Senat gewählt, dem er 1930 und 1931 als Präsident vorstand. Der Einbruch der Nationalsozialisten machte seinem aktiven politischen Wirken ein Ende. Heute gehört Rudolf Ross dem Aufsichtsrat der Schauspielhaus-Gesellschaft und als erster Vorsitzender der Hamburger Volksbühne an. — Bürgermeister Brauer überbrachte heute dem früheren Bürgermeister die Glückwünsche des Senats unter Überreichung eines Blumenstückes.